

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

28.07.2021

Inhalt

EWN

1 Rütteln an einem deutschen Tabu <i>Handelsblatt, 28.07.2021</i>	3
2 Möglicher Standort für Endlager <i>Westfalen-Blatt - Höxtersche Zeitung, 28.07.2021</i>	5

ENERGIEWENDE**Rütteln an einem deutschen Tabu**

Um den Industriestandort Europa zu stärken, macht sich EU-Kommissar Thierry Breton für Kernenergie stark. Er will damit Wasserstoff produzieren.

EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton spricht sich für ein Comeback der Kernkraft aus - als Energiequelle für die Produktion von Wasserstoff. Nuklearenergie sei reichlich verfügbar und günstig, sagte Breton am Dienstag bei einem Auftritt in Madrid. "Wir sollten diese Übergangsenergie nutzen, um den Aufbau einer sauberen Wasserstoffindustrie in Europa zu erleichtern." Breton schlägt vor, bestehende Nuklearkraftwerke zur Elektrolyse zu nutzen, also zur Herstellung von Wasserstoff aus Wasser mithilfe von Strom.

Dies ermögliche "die Produktion sauberen Wasserstoffs" und würde es erlauben, "dass sich neue Branchen entwickeln, während wir darauf warten, dass genügend erneuerbare Energie verfügbar wird", erläuterte er.

Breton sieht Wasserstoff als Schlüsseltechnologie im globalen Wettbewerb um Wohlstand und Einfluss. Die EU dürfe sich in Zeiten wachsender machtpolitischer Spannungen nicht mehr allein auf die Anziehungskraft ihrer liberalen Werte verlassen, argumentiert er. Die "soft power" Europas müsse um "hard power" ergänzt werden, wozu Breton gerade auch die ökonomische Gestaltungskraft des Kontinents zählt.

Bundesregierung setzt auf Erdgas als Brückentechnologie

Der Kommissar strebt eine neue, selbstbewusste internationale Rolle für die EU an: "In der neuen geopolitischen Ordnung agiert Europa als Strategie und nicht nur als Markt." Und er mahnt: "Wenn wir noch mehr Zeit verlieren, werden es unsere derzeitigen Konkurrenten sein - die Vereinigten Staaten, China, Korea und Japan, die uns ihre Produkte verkaufen."

Die Idee, CO₂-freien Atomstrom zu nutzen, um den Einstieg in die Wasserstoff-Wirtschaft zu erleichtern, trifft in Deutschland auf entschiedene Ablehnung. Der Atomausstieg ist beschlossene Sache, keine bundes-

politische Kraft stellt diese Entscheidung infrage. In Frankreich stellt sich die Lage indes völlig anders dar. Der Anteil der Kernenergie an der französischen Stromgewinnung liegt bei 70 Prozent. Anders als in Deutschland spielen klimaschädliche Kohlekraftwerke in Frankreich praktisch keine Rolle mehr.

In der Bundesrepublik hingegen wird die Stilllegung der Kohlemeiler durch den Atomausstieg verkompliziert. Zwar ist der Anteil erneuerbarer Energien deutlich höher als in Frankreich, doch er stößt zunehmend an Grenzen, sei es, weil sich auf lokaler Ebene Widerstand gegen Windräder und Stromtrassen bildet, oder weil bisher noch unklar ist, wie die natürlichen Schwankungen bei der Versorgung mit Strom aus Sonne und Wind ausgeglichen werden können.

Die Bundesregierung setzt daher auf Erdgas als Brückentechnologie - und handelt sich damit erheblichen außenpolitischen Ärger ein. Der Bau der umstrittenen Ostseepipeline Nord Stream 2 ist auf deutscher Seite maßgeblich davon getrieben, dass Bundesregierung und Industrie mit einer steigenden Gasnachfrage in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren rechnen, wenn erst die Atom- und dann die Kohlekraftwerke abgeschaltet werden.

Unstrittig ist, dass Europa gewaltige Mengen an Wasserstoff braucht, um die Energiewende zu bewältigen. Ebenso unstrittig ist, dass "grüner Wasserstoff" die Ideallösung wäre. Als grün wird Wasserstoff bezeichnet, der aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Doch um Wasserstoff im industriellen Maßstab zu erzeugen, sind gewaltige Mengen erforderlich.

Einige Experten und Wirtschaftsvertreter fordern daher, als Zwischenlösung auch andere Energiequellen zur Wasserstoffproduktion zu nutzen. Aus Erdgas ließe sich blauer, aus Atomstrom gelber Wasserstoff erzeugen. Brüssel hatte 2020 eine Wasserstoffstrategie vorgelegt, die vor allem auf grünen Wasserstoff setzt,

übergangsweise allerdings auch "CO₂-armen Wasserstoff" als Option sieht. Das europäische Parlament unterstützt diesen Ansatz mehrheitlich.

"Wir sind uns alle einig, dass das Ziel der flächendeckende Einsatz von grünem Wasserstoff sein muss", sagt Angelika Niebler, Co-Vorsitzende der CDU CSU-Gruppe im EU-Parlament. "Aber wir brauchen eine Übergangszeit, in der auch andere Arten von Wasserstoff zum Zug kommen, um einen Wasserstoffmarkt aufzubauen." Es gehe dabei nicht um "eine Diskussion über Atomstrom an sich", betont Niebler, sondern vielmehr darum, "ob wir Wasserstoff eine faire Chance geben, unsere Industrie und Mobilität zu dekarbonisie-

ren". Die Grünen halten dagegen, in Brüssel genauso wie in Berlin. Die Partei fordert, die Anstrengungen auf grünen Wasserstoff zu konzentrieren. Franziska Brantner, parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Bundestag, stellt klar: "Kernkraft ist weder sauber noch wirtschaftlich." Schließlich seien Uran und Plutonium knappe und gefährliche Ressourcen.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

"Wir brauchen eine Übergangszeit, in der auch andere Arten von Wasserstoff zum Zug kommen."
- Angelika Niebler, Co-Vorsitzende der CDU CSU-Gruppe im EU-Parlament

Westfalen-Blatt - Höxtersche Zeitung | 28.07.2021

Auflage: 17.641 | Reichweite: 48.268

NACHBARKREISE WOLLEN DEN PROZESS BEGLEITEN UND FÜR DIE MENSCHEN ALLGEMEINVERSTÄNDLICH BESCHREIBEN**Möglicher Standort für Endlager**

Holzminden - Die Kreisverwaltung Holzminden geht davon aus, dass ein Standort für ein **Atommüll**-Endlager im Landkreis Holzminden demnächst in die engere Auswahl kommen könnte. Bis 2031 soll in Deutschland ein Standort gefunden werden, an dem die strahlenden Hinterlassenschaften der **Atomenergie** dauerhaft sicher untergebracht werden können – mehrere Hundert Meter tief unter der Erde. Die Landkreise Holzminden, Hameln-Pyrmont, Schaumburg und Nienburg/Weser arbeiten zusammen, um der Öffentlichkeit ein regional zugeschnittenes Informationsangebot bieten zu können.

Momentan gelten noch 54 Prozent der Fläche Deutschlands als geologisch geeignet. Dazu zählt auch der Untergrund unter dem Landkreis Holzminden und seinen Nachbarkreisen. Dies ging aus dem „Zwischenbericht Teilgebiete“ hervor, den die Bundesgesellschaft für Endlagerung im September 2020 veröffentlichte.

Durch die große Tiefe des geplanten Endlagers konzentriert sich das Interesse der Standortsucher zunächst nicht auf die Gegebenheiten auf der Erdoberfläche, wie Siedlungen, sondern nur auf die Geologie des Untergrundes, schreibt der Landkreis in einer Pressemitteilung.

Demnächst werde die Bundesgesellschaft für Endlagerung ihre Standortsuche weiter einengen. Nur wenige „Standortregionen“ würden anschließend genauer betrachtet. „Um für den Fall gerüstet zu sein, dass auch im Landkreis Holzminden eine Standortregion ermittelt wird, begleitet die Kreisverwaltung nun das Thema Endlagersuche“, heißt es in der Mitteilung.

Dabei kooperiert der Landkreis Holzminden mit den Nachbarn in Hameln-Pyrmont, Schaumburg und Nienburg/Weser. Die vier Landkreise bilden seit mehr als 15 Jahren die Regionale Entwicklungskooperation

Weserbergland-plus (REK). Zur Begleitung der Endlagersuche haben die vier Landkreise – wie auch andere niedersächsische Regionen und Kreise – nun eine Vollförderung des Landes zugesagt bekommen.

Das Ziel: „Übersetzung“ der Standortsuche für die Region. Wichtig für eine gesellschaftlich akzeptable Standortsuche für ein **Atommüll**-Endlager ist, dass die Öffentlichkeit ausreichend Möglichkeit hat, sich zu informieren und einzubringen. Dies ist bei dem deutschlandweiten, derzeit noch recht abstrakten Verfahren nicht leicht. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat bereits unzählige umfangreiche Dokumente veröffentlicht, darunter viele geologische Fachdaten.

Hier werden die Landkreise Holzminden, Hameln-Pyrmont, Schaumburg und Nienburg/Weser nun unterstützen. Sie wollen als ersten Schritt ein regional zugeschnittenes Informationsangebot schaffen.

Ein Fachbüro wird beauftragt, in den kommenden Wochen die Zwischenergebnisse der Endlagersuche speziell für die Region aufzubereiten, einzuordnen und zusammenzufassen. Dabei sei besonders wichtig, dass die Zusammenfassungen allgemeinverständlich formuliert werden, so der Landkreis. Die Öffentlichkeit, die Gemeinden und andere Fachbehörden der Region sollten sich durch dieses „eindampfen und übersetzen“ leichter im Verfahren orientieren können. Damit könnten sie ihre Interessen besser in die Endlagersuche einbringen.

Erste Ergebnisse und Informationen werden im Spätsommer veröffentlicht. Koordinatorin bei der Kreisverwaltung ist die Regionalplanerin Jessica Schubert. Neuigkeiten wird der Landkreis über die Internetseite www.landkreis-holzminden.de und über die Presse bekannt machen. Weitere Informationen www.bge.de.